



HESSISCHER LANDTAG

30. 10. 2019

Plenum

Änderungsantrag Fraktion der AfD

zu Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD
und Fraktion der Freien Demokraten**

**Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde
haben keinen Platz in Deutschland und Hessen**

Drucksache 20/1419

Der Landtag wolle beschließen:

Der Entschließungsantrag wird wie folgt geändert:

1. Der Betreff wird wie folgt neu gefasst:
„Antisemitismus, Israelfeindschaft und Angriffe auf jüdische Menschen und Einrichtungen haben keinen Platz in Deutschland und in Hessen“
2. In Nr. 2 wird Satz 2 wie folgt gefasst:
„Er verurteilt diesen antisemitischen Anschlag, der mutmaßlich von einem rechtsextremen Täter mit israelfeindlichen verschwörungstheoretischen Ansichten verübt wurde.“
3. In Nr. 3 wird Satz 5 wie folgt gefasst:
„Daher verurteilt der Landtag jegliche Handlungen, die sich in Wort oder Tat gegen jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen richten.“
4. In Nr. 5 wird Satz 1 wie folgt gefasst:
„Das Land Hessen tritt allen Erscheinungsformen des Antisemitismus einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus entschlossen entgegen.“
5. In Nr. 6 wird nach Satz 5 Folgendes angefügt:
„Ebenso wichtig ist dem Landtag das Wohlergehen der Juden in Israel, dem einzigen jüdischen Staat der Erde. Da es sich bei Israel um die einzige Demokratie im Nahen Osten handelt, die von etlichen diktatorisch regierten muslimischen Nachbarländern bedroht ist, und Israel darüber hinaus den Ursprungsort des Christentums und damit der abendländischen Zivilisation darstellt, gilt es, diesen Staat als Partner zu begreifen und ihn zu unterstützen, zumindest aber die skandalöse Unterstützung seiner islamistischen Feinde durch Bundesregierung und EU zu beenden und jegliche Organisationen, die das Existenzrecht Israels leugnen, ob sie rechtsextremistischer, linksextremistischer oder islamistischer Natur sind, mit den Mitteln des Rechtsstaats zu bekämpfen.“
6. Nr. 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„In diesem Sinne ruft der Landtag alle demokratischen Parteien und alle Hessen dazu auf, die Augen vor dem zunehmenden Antisemitismus in Deutschland nicht zu verschließen, sondern sich am Kampf gegen ihn zu beteiligen, vor allem aber die skandalöse Nachsicht gegen Dämonisierungen des jüdischen Staates nicht länger zu dulden.“

b) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Antisemitischer Extremismus bedroht diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährdet damit am Ende auch unsere Demokratie an sich.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. Oktober 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe